

Was weiter geschah

Christian Amsler ist zurück. Der ehemalige Schaffhauser Regierungsrat verschwand nach seiner Abwahl 2020 für einige Zeit von der Bildfläche. Nun hat er eine neue Stelle angetreten: Der frühere Lehrer ist Schulleiter in Seuzach im Kanton Zürich. Amsler möchte sein neues Engagement nicht kommentieren. Er schreibt, er wolle keine öffentliche Person mehr sein, schon gar nicht in Schaffhausen. Man habe ihn brutal aus dem Amt abgewählt und ohne mit der Wimper zu zucken in die Wüste geschickt. Nun bräuchten die Schaffhauserinnen und Schaffhauser auch nicht zu wissen, wie es ihm gehe. Er habe dieses Buch nun geschlossen. Ein neues Buch aber ist bereits in Arbeit – zum Thema Bildung. 2022 soll es erscheinen: «Warum Schulen ein Fenster zur Welt öffnen sollen», von Christian Amsler. **mr.**

Was weiter geschah

Das Buch über die Beringer Biogasanlage KBA Hard ist um ein Kapitel reicher: Sie ist schuldenfrei. Noch im Sommer 2014 beliefen sich die offenen Schulden der Biogasanlage auf 27 Millionen Franken – seither wird sie oft in die unrühmliche Liste gescheiterter Innovationsprojekte eingereiht. In der neuen Pressemitteilung wird die Wende so erklärt: Ein Teil der Schulden (14 Millionen Franken) wurden über die Zusammenlegung von KBA Hard und Deponie Pflumm kompensiert. Die restlichen 13 Millionen waren Darlehen der Stadt Schaffhausen – und diese Schuld konnte nun ein Jahr vor Fälligkeit der letzten Tranche zurückgezahlt werden. **red.**

Impressum

Schaffhauser AZ

Die unabhängige Wochenzeitung

Adresse

Webergasse 39
Postfach 57
8201 Schaffhausen

Redaktionsleitung

Nora Leutert (nl.)
Marlon Rusch (mr.)

Redaktion

Mattias Greuter (mg.)
Mascha Hübscher (mh.)
Doerte Letzmann (dl.)
Luca Miozzari (lmi.)
Sharon Saameli (sam.)

Fotografie

Peter Pfister (pp.)

Kontakt

052 633 08 33
redaktion@shaz.ch
www.shaz.ch

Verlag

Bernhard Ott
verlag@shaz.ch

Inserate

Sibylle Tschirky
inserate@shaz.ch

Abonnieren

Probeabo (3 M.): 35 Fr.
1 Jahr: 185 Fr.
1 Jahr Soli-Abo: 250 Fr.
abo@shaz.ch

Kommentar

Mut zum Widerstand



Nora Leutert über ein Nein des Schaffhauser Kantonsrats zum Axpo-Vertrag.

Sie mögen sich vielleicht erinnern: Es war ein ungewöhnlicher Schulterchluss, den die Schaffhauser SP und die SVP vor zwei Jahren im Kantonsrat eingegangen sind. Es ging damals um die Privatisierungspläne der Axpo, und die beiden Parteien kündigten an, dass sie sich gemeinsam dagegen wehren wollen.

Nun stehen bald Entscheide an. Das Thema ist wieder brandaktuell.

Konkret geht es um den neuen Vertrag des Stromkonzerns, den die Besitzerkantone absegnen sollen. Dieser würde den alten, über 100-jährigen Vertrag ablösen, der überarbeitet werden muss (siehe S. 5).

Das Delikate am geplanten neuen Vertrag: Er öffnet Tür und Tor für private ausländische Investoren, die unsere Stromnetze und Wasserkraftwerke in einigen Jahren vollständig übernehmen könnten.

An diesem Punkt treffen sich offenbar linke und rechte Ängste – demokratische und vaterländische Werte. Privatisierung ist den Linken ein Graus. Die SVP indes fürchtet, nicht zu Unrecht, die Übernahme durch chinesische Investoren. Das widerstrebt der Heimatliebe, die das Beste fürs eigene Land will. Schliesslich soll bereits Blocher gesagt haben, dass Monopole in staatliche Hand gehören, meint ein lokaler SVP-Vertreter.

Die Allianz von SP und SVP war sich einig: Die Schweizer Stromnetze und Wasserkraftwerke müssen in öffentlichem Besitz bleiben. Eine grosse Mehrheit des Kantonsrats schickte Regierungsrat Martin Kessler mit Forderungen zum Verhandeln ins Axpo-Gremium, womit er allerdings erfolglos blieb.

Jetzt, zwei Jahre später, kommt die Vorlage der Regierung zum Axpo-Vertrag in den Kantonsrat. Jetzt wird dem Parlament ein grösseres Bekenntnis abverlangt: Es soll zustimmen oder ablehnen. Mit

einem Nein wäre der neue Vertrag mause. Die Verhandlungen müssten wieder von vorne aufgenommen werden – zum Leidwesen der Axpo und der Kantone, die dem Vertrag sonst fast alle zustimmen.

So lastet heute, zwei Jahre später, Druck auf den Schultern des Schaffhauser Parlaments. Eines kleinen Parlaments, das gerade mal acht Prozent der Axpo-Anteile hält. Ein Winzling in der Runde der Aktionäre.

Nun haben wir zwar Rückenwind aus Zürich gekriegt. Die Spezialkommission des Zürcher Kantonsrats hat seinem Parlament ebenfalls ein Nein empfohlen. Und damit hat ein Riese gesprochen. Das entlastet den Schaffhauser Rat ein Stück weit: Vielleicht hatten gewisse SVP-Parlamentarier bis eben noch gezweifelt, ob sie dem Druck nicht doch nachgeben und lieber ihren neoliberalistischen als ihren nationalistischen Wünschen folgen möchten. Nun aber dürfen sie sich von den Kollegen aus dem grossen Nachbarkanton bestärkt fühlen: Sie sind nicht alleine. Schaffhausen ist nicht der einzige Verhinderer-Kanton, wenn er Nein sagt. Das macht Mut. Und den kann Schaffhausen bekanntlich gut gebrauchen. Schliesslich sind wir nicht die, welche gerne vorpreschen.

Doch eigentlich sollte der erleichternde Entscheid von Zürich gar nicht nötig sein. Es muss dem Schaffhauser Kantonsrat egal sein, wieviel Arbeit bereits in den neuen Vertrag gesteckt wurde und wie lange der Prozess bereits dauert. Es muss ihm egal sein, dass der alte Vertrag bereits über hundert Jahre alt ist: Es geht darum, ob der neue Vertrag gut ist. Dies zu prüfen und notfalls Stopp zu sagen, das ist die Aufgabe des Parlaments. Bleibt zu hoffen, dass der Mut zum Widerstand da ist.